

Grenzenlose Solidarität mit allen Geflüchteten!

Die Gründe aus denen wir hier stehen sind, wie so oft in letzter Zeit, einfach unfassbar. Einerseits hat das Land Sachsen beschlossen die Menschen, die hier ankommen - die gerade eine Flucht hinter sich haben - in ein Lager zu stecken, das jeglicher Menschenwürde entbehrt. Und als würde das nicht reichen, ist diese Stadt nicht dazu in der Lage, die Menschen vor Angriffen zu schützen. Die Ereignisse der letzten Tage sind weit mehr als besorgniserregend und veranlassen uns, hier Stellung zu beziehen.

Sachsen erbaut ein Lager aus Zelten, für rund 1000 Menschen, in dem grob gerechnet für jede Person weniger als 4 qm zur Verfügung stehen. Dies ist unzumutbar und entbehrt jeglicher Legitimität. Rein rechtlich hat ein Mensch wenigstens Anspruch auf 6 qm zum Leben.

Die Art und Weise, wie hier mit Geflüchteten umgegangen wird, schaut auf eine lange Tradition zurück. Beispielhaft wurden schon in der DDR die Vertragsarbeiter*innen abgeschottet und isoliert in Heimen untergebracht und so die Linie zwischen dem „wir“ und „den Anderen“ deutlich gezogen. **Diese Grenzziehung lässt sich auch heute ganz klar in der sächsischen Politik wieder finden. So war die CDU stets bemüht um die sogenannten Besorgten von Freital und Dresden, aber völlig gleichgültig gegenüber den Betroffenen der rassistischen Grundstimmung in diesem Land.** Erst als die Gewalt unverhohlen zutage trat, wurde eingelenkt und das Wort Rassismus in den Mund genommen. Doch obwohl der Ministerpräsident Tillich es nach einem dreiviertel Jahr nach dem Aufkommen von PEGIDA und Co. geschafft hat, das Problem ansatzweise zu benennen, heißt dies noch lange nicht, dass sein Parteikollege Herr Ulbig von seinem Standpunkt abkommen würde. In alter Gewohnheit reagierte er auf die Anschläge in Freital mit dem Satz: *„Die Akzeptanz von Asyl in der Gesellschaft lebt von zügigen Asylverfahren“*. Weiter führt er aus, dass dazu schnellere Abschiebungen nötig wären. Hier sehen wir ganz deutlich, wer als Problem angesehen wird. Hier wird die Verantwortung für die gewaltvolle Stimmung den Betroffenen selbst zugeschrieben. Und auch in dieser Tradition steht die Unterbringung von Refugees in einem solchen Lager. Umso mehr auf Beschreibungen wie „Flut“ oder „Massen“ zurückgegriffen wird, wenn es um Migrationsbewegungen geht, desto stärker bestätigt das die absurden Ängste und bauscht ein Kapazitätenproblem auf. Migrationspolitik erscheint dadurch als etwas schwer Händelbares; etwas, dass „unsere“ Ruhe und Ordnung bedrohen würde. Eben diese abgerufenen Bilder dienen wiederum als Rechtfertigung dafür Menschen in Zelten unterzubringen.

Als wäre es nicht möglich einen anderen Umgang zu finden. **Es ist eine Frage der Prioritäten, denn Alternativen gibt es.** Zum einen gäbe es akut geeignetere Unterbringungsmöglichkeiten, zum anderen lässt sich wohl schwer behaupten, die migrantischen Bewegungen wären nicht absehbar gewesen. Hätte die sächsische Regierung von vornherein die globalen Entwicklungen als wichtig erachtet, hätte die Möglichkeit bestanden, allen Menschen genügend Raum zu bieten.

Dass dies nicht getan wurde und auch jetzt nicht getan wird, zeigt mindestens die Unfähigkeit, wenn nicht sogar den politischen Unwillen der sächsischen Landesregierung. Die gängige Rhetorik und die Verschärfungen der Asylpolitik erscheinen leider viel zu bekannt, wurde doch schon in den 90er Jahren genau diese Linie verfolgt.

Rassismus ist aber nicht nur ein Problem der sächsischen CDU oder der sogenannten besorgten Bürger*innen. Rassismus ist eine Struktur, die eine lange Geschichte aufweist. Die Grenzen über die Menschen heutzutage fliehen müssen, die ihr Leben bedrohen, wurden größtenteils gewaltvoll von Europäer*innen im Zuge des Kolonialismus geschaffen.

Sie sind Zeugnisse einer blutigen Epoche, die sich bis heute auf globale Machtverhältnisse auswirkt. Und eben diese eurozentristischen Realitäten stellen Fluchtgründe dar.

Doch wir wollen nicht immer nur auf den Hass und die Gewalt hier reagieren, sondern auch den

Raum nutzen um uns Fragen zu stellen und Forderungen laut werden zu lassen.

Wer definiert auch heutzutage die Grenzen und wer hat damit auch immer noch die Möglichkeit der Bewegung und wer nicht? Warum kann ich als Weiße mit einem deutschen Pass zum Beispiel einfach in ein Reisebüro gehen, einen All – inclusive Urlaub in Tunesien buchen und mich in ein Flugzeug setzen, während Menschen, die aus Tunesien kommen, eine lebensbedrohliche Reise antreten müssen, nur um hier an den Grenzen abgewiesen oder in ein Lager gesteckt zu werden?

Um bei diesem Beispiel zu bleiben: Ein Mensch mit deutschen Papieren braucht lediglich den Reisepass, nicht mal ein Visum um nach Tunesien zu fliegen, dort darf mensch sich dann uneingeschränkt 3 Monate frei bewegen, Im Gegensatz dazu muss ein Mensch mit einem tunesischen Pass ein Visum beantragen, über das per Ermessen entschieden wird. Dass bedeutet, die Person muss nachweisen, dass sie einen „plausiblen Grund“ hat in den Schengener Raum einzureisen. Außerdem muss anscheinend ersichtlich sein, dass die Person auch wieder ausreisen wird. Sie muss aufzeigen, dass sie genug Geld für die Reise hat und ihr Einkommen nachweisen. Es obliegt der Entscheidung von Behörden ob nun ein Visum erteilt wird oder nicht. Diese Bestimmungen machen es meist unmöglich auf legalem und damit nicht lebensbedrohlichen Wege nach Europa zu gelangen. Auf der Ranking Liste der stärksten Pässe der Welt steht Deutschland auf Platz zwei. Es gibt kaum rechtliche Einschränkungen, mit denen Menschen mit einem deutschen Pass zu rechnen haben, wenn sie sich auf der Welt bewegen wollen. Im Gegensatz dazu, schafft Europa Gesetze, die Menschen aus den anderen Teilen der Welt daran hindern sich frei zu bewegen. Doch wer hat eigentlich das Recht Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken? Wir sollten reflektieren auf welchen Grundlagen die Grenzen gezogen wurden und was sie angeblich schützen sollen. Wie kann es sein, dass ein Europa die Definitionsmacht über legale Bewegungsgründen besitzt und im Zuge dessen, hunderttausende Menschen an den Grenzen dieser Friedensnobelpreisträgerin sterben? Das Sterben im Mittelmeer und an den Grenzzäunen muss beendet werden. Alle Menschen haben ein Recht auf Bewegungsfreiheit. Niemandem darf die freie Entfaltung und Neugierde verwehrt werden.

Deswegen erklären wir uns solidarisch mit den protestierenden Refugees in Chemnitz und überall, die sich nicht nur für eine menschenwürdige Unterbringung einsetzen. Gemeinsam für Bewegungsfreiheit und Autonomie, alle oder nirgends!

www.dresden-postkolonial.de

